

Rede von Dr. Cebel Küçükcaraca

Fachtagung „Perspektiven für unsere Einwanderungsgesellschaft“

7. September 2026, Schleswig-Holsteinischer Landtag

Meine Damen und Herren,

ich freue mich sehr, heute hier zu sein und die Perspektive der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein einzubringen.

Wenn wir über die Zukunft unserer Einwanderungsgesellschaft sprechen, dann müssen wir darüber sprechen, wie Menschen diese Gesellschaft heute tatsächlich erleben.

Nicht nur auf dem Papier. Nicht nur in politischen Programmen. Sondern im Alltag.

In der Schule. Auf dem Arbeitsmarkt. Bei der Wohnungssuche. Im sozialen Leben. Und auch im Kontakt mit Behörden und staatlichen Institutionen.

Denn Zugehörigkeit entscheidet sich nicht nur daran, ob jemand einen deutschen Pass besitzt oder seit Jahrzehnten hier lebt.

Zugehörigkeit zeigt sich auch darin, welche Chancen ein Mensch hat. Ob seine Leistung gesehen wird. Ob seine Kinder gute Bildung erhalten. Ob Arbeit vor Armut schützt. Und ob ein Mensch darauf vertrauen kann, von staatlichen Institutionen fair behandelt zu werden.

Und genau hier müssen wir genauer hinschauen.

Diskriminierung ist keine abstrakte Erfahrung

Die im Februar veröffentlichte InRa-Studie gehört zu den bislang umfangreichsten Untersuchungen zu Rassismus in deutschen Behörden.

Ihre Ergebnisse sollten uns nachdenklich machen.

Strukturelle rassistische Diskriminierung im behördlichen Handeln ist kein Randphänomen.

Besonders alarmierend ist für mich, dass viele Betroffene sich gar nicht erst an eine Beschwerdestelle wenden, weil sie davon ausgehen, dass eine Beschwerde ohnehin nichts verändern wird.

Das ist ein ernstes Warnsignal.

Denn wenn Menschen Diskriminierung erleben und gleichzeitig das Vertrauen verlieren, sich dagegen wehren zu können, dann haben wir nicht nur ein individuelles Problem.

Dann haben wir ein Problem mit dem Vertrauen der Menschen in unsere Institutionen.

Und Vertrauen ist eine der wichtigsten Grundlagen unseres demokratischen Rechtsstaates.

Hinter jeder Statistik stehen Menschen.

Menschen, die sich fragen, ob sie etwas falsch gemacht haben. Menschen, die anfangen, an sich selbst zu zweifeln. Menschen, die noch Jahre später Unsicherheit oder Angst spüren.

Das dürfen wir nicht kleinreden.

Natürlich arbeitet die große Mehrheit der Beschäftigten in unseren Behörden verantwortungsvoll und engagiert. Darum geht es nicht.

Es geht auch nicht darum, Behörden oder einzelne Berufsgruppen unter Generalverdacht zu stellen.

Es geht darum, Strukturen so zu gestalten, dass Menschen geschützt sind, wenn Diskriminierung tatsächlich stattfindet.

Bildung, Arbeit und Armut

Eine große Sorge ist für uns die Entwicklung im Bildungsbereich.

Wir erleben, dass Bildungswege von Kindern und Jugendlichen mit Einwanderungsgeschichte noch immer stark von Herkunft und sozialer Lage abhängen.

Und wir müssen feststellen: In manchen Bereichen haben sich die Bildungschancen in den vergangenen Jahren nicht verbessert.

Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne den Abschluss, den sie eigentlich erreichen könnten. Zu viele schaffen den Übergang in Ausbildung nicht. Sprachförderung beginnt teilweise zu spät oder endet zu früh.

Das ist besonders problematisch, weil Bildung der wichtigste Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe ist.

Auch beim Arbeitsmarkt sehen wir eine widersprüchliche Entwicklung.

Auf der einen Seite brauchen wir Zuwanderung dringend. Menschen mit Einwanderungsgeschichte leisten einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zum wirtschaftlichen Leben.

Auf der anderen Seite erleben viele, dass ihre Qualifikationen nicht anerkannt werden, dass sie unterhalb ihrer Möglichkeiten beschäftigt sind oder dass Herkunft und Name bei Bewerbungen noch immer eine Rolle spielen.

Eine Einwanderungsgesellschaft muss deshalb nicht nur über Fachkräftegewinnung sprechen, sondern auch über faire Aufstiegschancen und Anerkennung.

Eng damit verbunden ist die Frage der Armut.

Armut entscheidet darüber, ob Kinder an Klassenfahrten teilnehmen können, ob Nachhilfe möglich ist, ob eine Familie angemessenen Wohnraum findet und ob junge Menschen gute Lernbedingungen haben.

Deshalb dürfen wir soziale Probleme nicht ethnisieren.

Wenn eine Familie arm ist, dann ist Armut das Problem – nicht ihre Herkunft.

Wer über Integration spricht, muss deshalb auch über soziale Gerechtigkeit sprechen.

Politik bewegt sich – und das sollten wir anerkennen

Bei allen Sorgen möchte ich aber ausdrücklich auch die positiven Entwicklungen benennen.

Wir sehen, dass Politik und Institutionen das Thema Diskriminierung heute ernster nehmen als noch vor einigen Jahren.

In Schleswig-Holstein wurde ein Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz in den Landtag eingebracht. Ziel ist es, Schutzlücken im Kontakt mit öffentlichen Stellen zu schließen, die Rechte Betroffener zu stärken und Vielfalt im öffentlichen Dienst zu fördern.

Das ist ein wichtiges Signal.

Auch Aktionspläne gegen Rassismus, Antidiskriminierungsstellen, Diversity-Fortbildungen und die stärkere Beteiligung von Migrantenorganisationen zeigen:

Es gibt Bewegung.

Und diese Bewegung sollten wir anerkennen.

Denn Veränderung gelingt nicht dadurch, dass wir nur benennen, was schlecht läuft.

Veränderung gelingt auch dadurch, dass wir diejenigen stärken, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Strukturen zu verbessern.

Aber wir müssen gleichzeitig darauf achten, dass aus guten Absichten wirksame Instrumente werden.

Ein Landesantidiskriminierungsgesetz ist nur dann hilfreich, wenn es im Alltag tatsächlich Schutz bietet.

Wenn zentrale Bereiche ausgenommen werden oder die Hürden für Betroffene zu hoch bleiben, dann müssen wir fragen:

Wen schützt dieses Gesetz am Ende wirklich?

Ein Antidiskriminierungsgesetz darf nicht nur gut klingen.

Es muss Menschen ermöglichen, ihre Rechte tatsächlich wahrzunehmen.

Migrantenorganisationen sehen, was Statistiken oft erst später zeigen

Als Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein erleben wir seit vielen Jahren, was gesellschaftliche Entwicklungen konkret bedeuten.

Menschen kommen zu uns, weil sie Unterstützung suchen. Weil sie Schwierigkeiten in der Schule haben. Weil der Einstieg in Ausbildung nicht gelingt. Weil sie Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben. Weil sie Diskriminierung erleben. Oder weil sie schlicht nicht wissen, an wen sie sich wenden können.

Migrantenorganisationen sind deshalb nicht nur Kulturvereine oder Ansprechpartner für Integrationsfragen.

Sie sind wichtige demokratische Akteure.

Sie vermitteln. Sie erklären. Sie begleiten. Sie schaffen Vertrauen. Und sie erkennen gesellschaftliche Probleme häufig, bevor diese in Statistiken sichtbar werden.

Deshalb müssen Migrantenorganisationen frühzeitig beteiligt werden.

Nicht erst am Ende eines Verfahrens.

Nicht nur dann, wenn es Probleme gibt.

Sondern dort, wo Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik und Antidiskriminierungspolitik gestaltet werden.

Unsere Einwanderungsgesellschaft braucht gleiche Chancen und gleiche Würde

Meine Damen und Herren,

eine Einwanderungsgesellschaft zeigt ihre Stärke nicht daran, dass sie behauptet, alle Menschen seien gleich behandelt.

Sie zeigt ihre Stärke daran, dass sie bereit ist hinzuschauen, wenn Menschen nicht die gleichen Chancen haben.

Wir brauchen Schulen, die kein Kind zurücklassen.

Wir brauchen einen Arbeitsmarkt, auf dem Qualifikation und Leistung zählen – nicht Name oder Herkunft.

Wir brauchen eine Sozialpolitik, die verhindert, dass Armut von einer Generation an die nächste weitergegeben wird.

Wir brauchen Institutionen, die Kritik nicht als Angriff verstehen, sondern als Möglichkeit, besser zu werden.

Wir brauchen Beschwerdestrukturen, denen Menschen vertrauen.

Und wir brauchen ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das echte Schutzwirkung entfaltet.

Ich sehe dabei durchaus Grund für Zuversicht.

Schleswig-Holstein hat eine lange Tradition der Minderheitenpolitik und der Förderung von Vielfalt. Viele Menschen in Politik, Verwaltung, Schulen, Verbänden und Zivilgesellschaft arbeiten mit großem Engagement daran, Benachteiligungen abzubauen.

Darauf können wir aufbauen.

Aber wir dürfen uns nicht mit dem Erreichten zufriedengeben.

Denn Vielfalt allein macht noch keine gerechte Gesellschaft.

Entscheidend ist, ob alle Menschen reale Chancen haben, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, ihre Rechte wahrzunehmen und als selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft anerkannt zu werden.

Das ist für mich eine zentrale Perspektive für unsere Einwanderungsgesellschaft:

Ein Schleswig-Holstein, in dem Herkunft nicht über Bildungschancen entscheidet.

Ein Schleswig-Holstein, in dem Arbeit tatsächlich gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Ein Schleswig-Holstein, in dem Armut nicht darüber entscheidet, welche Zukunft ein Kind hat.

Ein Schleswig-Holstein, in dem niemand Angst haben muss, Nachteile zu erfahren, wenn er seine Rechte einfordert.

Und ein Schleswig-Holstein, in dem Menschen mit Migrationsgeschichte nicht nur Gegenstand von Integrationspolitik sind, sondern als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger unsere gemeinsame Zukunft mitgestalten.

Dafür müssen wir gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Mit Respekt.

Mit klaren Rechten.

Mit fairen Chancen.

Mit funktionierenden Schutzmechanismen.

Und mit dem Mut, auch dort hinzuschauen, wo es unbequem wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.